

1 **Antrag zur KMV am 31.3.2017**

2

3 **Antragsteller: Kreisvorstand**

4 **Adressat: SPD-Bundesparteitag**

5

6

7 **Verteilungsgerechtigkeit**

8

9 *Die sozialen Ungleichheiten haben in Deutschland wie überall auf der Welt zugenommen.*
10 *Von dieser Entwicklung besonders betroffen ist die Vermögensungleichheit. Dabei ist die*
11 *Dynamik der Zunahme ungebrochen, so dass die sozialen Ungleichheiten weiter wachsen*
12 *werden, – wenn es nicht gelingt, diese Dynamik durch geeignete Politikansätze zu stoppen*
13 *und umzukehren. Für diese Politik steht die SPD als Partei der sozialen Gerechtigkeit ein.*
14 *Ihr wird es im Bundestagswahlkampf vor allem darum gehen, für die notwendigen Schritte*
15 *für ein Mehr an Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland, Europa und weltweit politisch zu*
16 *streiten und in Deutschland mehrheitsfähig zu machen. Dabei wird sie sich allen*
17 *Bestrebungen widersetzen, die politische Aufmerksamkeit von der wichtigen Frage der*
18 *sozialen Ungleichheiten auf Ressentiments gegen Fremde umzulenken und die politischen*
19 *Konflikte um eine gerechtere Verteilung in Konflikte zwischen »uns« und »anderen«*
20 *umzudeuten.*

21

22 *Unterschiedliche Lebensentwürfe realisieren sich in unterschiedlichen sozialen Positionen.*
23 *Diesen sozialen Unterschieden und Ungleichheiten widersetzt sich sozialdemokratische*
24 *Politik nicht grundsätzlich; sie sucht diese aber am Maßstab der »sozialen Demokratie« zu*
25 *orientieren: Eine »soziale Demokratie« ist in einer Gesellschaft erreicht, in der alle*
26 *Bürgerinnen und Bürger gleiche Rechte und gleiche Möglichkeiten haben, an den*
27 *unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft teilzuhaben und sich an deren Entwicklung*
28 *zu beteiligen – und in der die Beiträge der einzelnen und der sozialen Gruppen für das*
29 *Fortkommen der Gesellschaft und für deren Wohlstand und Wohlfahrt anerkannt werden.*
30 *Bei allen sozialen Ungleichheiten sind sich in einer »sozialen Demokratie« alle Bürgerinnen*
31 *und Bürger zumindest in ihren gleichen Rechten und gleichen Chancen der Teilhabe und*
32 *der Beteiligung gleich. Von daher sind alle soziale Ungleichheiten in der »sozialen*
33 *Demokratie« so zu begrenzen, dass diese ursprüngliche Gleichheit gewährleistet wird.*
34 *Außerdem muss für maximale gesellschaftliche Durchlässigkeit gesorgt werden, so dass*
35 *alle Bürgerinnen und Bürger die Chance haben, ihre sozialen Positionen zu verlassen und*
36 *prinzipiell alle anderen Positionen im Gefüge der sozialen Ungleichheiten anzustreben. Als*
37 *einer Partei, die ihre Wurzeln in der Arbeiterbewegung hat und sich von daher auch heute*
38 *den Interessen der arbeitenden Menschen besonders verpflichtet weiß, besteht die SPD*
39 *insbesondere auf die Anerkennung der Leistungen derer, die ihr Einkommen aus der*
40 *Erwerbsarbeit beziehen, mit ihrer Arbeit zum gesellschaftlichen Wohlstand beitragen und*
41 *über ihren Erwerb an diesem Wohlstand teilhaben.*

42

43 *Probleme der Verteilung dürfen gesellschaftlich nicht länger dadurch bewältigt werden, dass*
44 *ökologische Ressourcen stärker ausgebeutet und die Umwelt stärker mit Emissionen*
45 *belastet werden. Im Gegenteil: Um allen Menschen dieser Welt, aber auch um zukünftigen*
46 *Menschen ein angemesseneres Leben zu ermöglichen, müssen wir bei der Produktion des*
47 *gesellschaftlichen Wohlstands den Umweltverbrauch und die Umweltbelastung*
48 *zurückfahren – und müssen dies auch bei der Verteilung des gemeinsam erwirtschafteten*
49 *Wohlstands berücksichtigen. Im politischen Ziel der »Nachhaltigkeit« war von Anfang an die*
50 *sozialdemokratische Idee mitgedacht, dass eine zukunftsfähige Umweltnutzung und -*
51 *belastung mit einer gerechten Verteilung bereits in der Gegenwart verbunden sein muss.*
52 *Mehr Nachhaltigkeit darf nicht auf Kosten der Einkommensschwachen gehen. Das gilt unter*

53 *anderem für Kosten der Energie und Mobilität genauso wie für die Gesundheit. In einer*
54 *»sozialen Demokratie« haben alle Menschen die gleichen Ansprüche auf die ökologischen*
55 *Ressourcen und auf die Gestaltung ihrer gemeinsamen Umwelt – und müssen diese*
56 *gleichen Ansprüche auch bei einer größeren Nachhaltigkeit ihres gemeinsamen*
57 *Umweltverbrauchs und ihrer Umweltbelastung realisieren können. Zukunftsfähige*
58 *Umweltnutzung und Verteilungsgerechtigkeit sind für die SPD zwei Seiten der einen*
59 *Medaille »Nachhaltigkeit«.*

60

61 *Vor den Anforderungen der »sozialen Demokratie« her ist das hohe Ausmaß an sozialen*
62 *Ungleichheiten in der Welt und in Europa, aber auch die sozialen Ungleichheiten in*
63 *Deutschland kritisch zu beurteilen. Durch das Ausmaß der Ungleichheiten, nicht zuletzt*
64 *durch die Spreizung der Einkommen und Vermögen werden nämlich die gleiche Teilhabe*
65 *und Beteiligung verletzt, wird die soziale Mobilität beeinträchtigt und die sozial gerechte*
66 *Nachhaltigkeit verhindert. Dabei werden aber nicht nur sozialdemokratische*
67 *Gerechtigkeitsideale nicht erreicht. Vielmehr werden in der Bundesrepublik der soziale*
68 *Friede und die gesellschaftliche Zusammengehörigkeit, nicht zuletzt auch die*
69 *volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit bedroht. In Europa und weltweit wirkt das Ausmaß*
70 *der Ungleichheiten destabilisierend; beeinträchtigt wird die politische Integration Europas*
71 *und das friedliche Zusammenleben der Völker. Gleichwohl wird das Ausmaß der sozialen*
72 *Ungleichheiten wegen deren ungebremsten Entwicklungsdynamik weiter wachsen. Die*
73 *politische Herausforderung in Europa und weltweit, aber eben auch in Deutschland bis auf*
74 *die kommunale Ebene hinab besteht deswegen darin, die sozialen Ungleichheiten*
75 *zurückfahren und die Dynamik bei der Zunahme der sozialen Ungleichheiten zu bremsen,*
76 *mehr noch zu stoppen und umzukehren.*

77

78 *Dieser Herausforderung stellt sich die SPD: In den Zeiten der rot-grünen Bundesregierung*
79 *hat sie sich besonders für die Integration aller Erwerbspersonen in Beschäftigung und für*
80 *größere Bildungschancen für bildungsferne Haushalte eingesetzt. Womöglich hat sie dabei*
81 *die Möglichkeiten von Beschäftigung und Bildung für die Eindämmung der sozialen*
82 *Ungleichheiten überschätzt – und unterschätzt, wie Beschäftigung und Bildung von der*
83 *Dynamik der sozialen Ungleichheiten dominiert werden. In den vergangenen Jahren hat die*
84 *SPD deswegen nach neuen verteilungspolitischen Wegen gesucht und z.B. im Instrument*
85 *des Mindestlohns einen gefunden, um die Motoren der sozialen Ungleichheiten zu stoppen*
86 *und das Ausmaß der Ungleichheiten zurückzufahren. Auf diesem Weg wird die SPD*
87 *politisch weitergehen – und weiß sich vor die große Aufgabe gestellt, nach neuen, politisch*
88 *eventuell schwer vermittelbaren und z.T. noch unbekanntem Instrumenten zu suchen, für*
89 *diese politisch zu mobilisieren und sie umzusetzen, um die Entwicklungsdynamik der*
90 *sozialen Ungleichheiten, um allen voran die Zunahme der Vermögensungleichheit*
91 *umzukehren.*

92

93

94 *Die sozialen Ungleichheiten haben in Deutschland wie überall auf der Welt zugenommen.*
95 *Dagegen halten wir als Sozialdemokraten eine Politik der gerechten Verteilung für*
96 *notwendig, in diesem Sinne sind uns besonders folgende Ziele wichtig:*

97

- 98 1. *Das Ausmaß der Ungleichheiten bei der Vermögensverteilung, insbesondere die*
99 *Konzentration des Vermögens an der Spitze bei wenigen Superreichen muss*
100 *zurückgeführt und dadurch die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen*
101 *»Parallelwelten« der Vermögenden aufgelöst werden. Zugleich müssen Wege*
102 *gefunden werden, die fortschreitende Finanzialisierung der Wirtschaft auszuhebeln.*
103 *Der übermäßige Anstieg der Vermögen gegenüber dem Wachstum der*
104 *wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit muss zurückgeführt und dadurch verhindert*

105 werden, dass die Ansprüche der Vermögenden auf den gemeinsam erwirtschafteten
106 Wohlstand zu Lasten anderer Einkommensgruppen weiter wachsen. Auch müssen
107 politische Instrumente gefunden werden, die Übermacht der Vermögensstarken
108 gegenüber anderen wirtschaftlichen Akteuren abzubauen sowie deren Vermögen
109 wieder stärker für Investitionen im realwirtschaftlichen Bereich heranzuziehen.

110 2. Reduziert werden muss die Spreizung bei der Einkommensverteilung; dabei müssen
111 die Einkommenslagen am unteren Rand gesichert und so Armut in der
112 Bundesrepublik besser bekämpft sowie die Einkommenslagen am oberen Rand
113 »gedeckelt« werden. Zwar sind in einer arbeitsteiligen Wirtschaft und im Medium
114 Geld die Verdienste der einzelnen nicht berechenbar. Gleichwohl sollen sich die
115 Beiträge der einzelnen zum wirtschaftlichen Gesamtergebnis ihrer Betriebe und
116 Unternehmen wie auch zur gesamten Volkswirtschaft in deren Einkommen
117 widerspiegeln. Dazu muss nicht nur die Spreizung der Einkommen auf ein
118 realistisches Maß zurückgefahren, sondern müssen auch die Lohnungleichheiten
119 zwischen unterschiedlichen Berufsgruppen und zwischen Männern und Frauen
120 bereinigt werden.

121 3. ArbeitnehmerInnen wirken über ihre Lohnarbeit am gesellschaftlichen Wohlstand mit
122 und sollen über ihren Lohn an diesem angemessen beteiligt werden – und zwar alle.
123 ArbeitnehmerInnen, die in Vollzeit tätig sind, dürfen nicht von zusätzlichen
124 Sozialeinkommen abhängig sein und sollen eine ausreichende Alterssicherung
125 erwarten dürfen.

126 4. Dass der Staat die Steuerpflichtigen nach deren Leistungsfähigkeit zur Finanzierung
127 öffentlicher Ausgabe heranzieht, ist gut begründet – und hat sich in der
128 Bundesrepublik auch gut bewährt. Die dementsprechende Steuerprogression hat
129 aber in Deutschland an der Spitze Schaden genommen und muss an eben der Spitze
130 wieder hergestellt werden. Notwendig ist es, unerwünschte
131 Steuervermeidungsstrategien und Steuerflucht von den Einkommensstarken zu
132 verhindern sowie die Vermögen stärker bei der Bemessung der Leistungsfähigkeit zu
133 berücksichtigen.

134 5. Obgleich das deutsche Bildungswesen im internationalen Vergleich gut ist, bestehen
135 immer noch zu große Unterschiede bei den Startbedingungen und im Verlauf von
136 Bildung und Ausbildung. Insbesondere ist die soziale Mobilität über die Generationen
137 hinweg beschränkt, so dass die Bildungserfolge immer noch von den Eltern auf ihre
138 Kinder »vererbt« werden und sich Bildungsungleichheiten verfestigen. Deshalb gilt
139 es, die Chancen für Kinder aus einkommensschwachen und bildungsbenachteiligten
140 Familien in Bildung und Ausbildung zu verbessern.

141
142 Deshalb beantragen wir folgende Positionen in das Bundestagswahlprogramm 2017
143 aufzunehmen und im Bundestagswahlkampf offensiv zu vertreten:

144 **1. Steuerpolitik**

146 Wir wollen ein Steuersystem schaffen, das nicht nur ein ausreichend hohes
147 Steueraufkommen zur Finanzierung der öffentlichen Hand gewährleistet, sondern durch
148 seine Belastungswirkungen und Lenkungseffekte auch für eine stärkere Umverteilung sorgt:

149 **Vermögenssteuer:**

151 Wir wollen die Vermögenssteuer verfassungskonform wieder einführen und dabei
152 durch entsprechende Freibeträge dafür sorgen, dass angemessenes Wohneigentum
153 von dieser Steuer befreit bleibt.

154
155
156
157
158
159
160
161
162
163
164
165
166
167
168
169
170
171
172
173
174
175
176
177
178
179
180
181
182
183
184
185
186
187
188
189
190
191
192
193
194
195
196
197
198
199
200
201
202
203
204
205

Erbschaftssteuer und Schenkungssteuer

Wir wollen die Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen so gestalten, dass Erben großer Vermögen weit stärker zur Kasse gebeten werden als bisher. Bei der Vererbung von Betriebsvermögen soll eine Sicherung von Arbeitsplätzen über die Stundung der Erbschaftssteuer und nicht über deren Erlass erreicht werden.

Grundsteuer

Die Grundsteuer soll so umgestaltet werden, dass sie einen deutlichen ökologischen Aspekt gewinnt. Der ungenutzten Vorratshaltung von Bauland soll entgegenwirkt und eine intensivere Nutzung von innerörtlichen Flächen erreicht werden. Damit soll dem Flächenverbrauch für Siedlung und Verkehr entgegengewirkt werden.

Einkommensteuer

Wir wollen die Senkung des Spitzensteuersatzes rückgängig machen. Hohe Einkommen wollen wir weit stärker besteuern als bisher. Kapitaleinkommen wollen wir, wie andere Einkommen auch, nach dem persönlichen Steuersatz und nicht mehr mit einem pauschalen Steuersatz (Zinsabgeltung) besteuern.

Steuerhinterziehung:

Steuerbetrug wollen wir wirksamer bekämpfen als bisher. Dazu wollen wir vor allem die Finanzverwaltung personell verstärken. Betriebsprüfungen sollen bundesweit mit gleicher Häufigkeit und Regelmäßigkeit erfolgen. Steuerflucht und Steuerhinterziehung muss – insbesondere durch internationale Kooperation und Absprachen – noch effektiver und dauerhaft bekämpft werden.

2. Vermögenspolitik

Eine stärkere Besteuerung der Vermögen und der Erbschaften allein wird den extrem hohen Ungleichheiten bei den Vermögen nicht wirksam begegnen können. Wir halten deswegen eine wirksamere Förderung der Vermögensbildung, eine Absicherung von kleinen Vermögen sowie den Aufbau eines öffentlichen Vermögens für notwendig.

Wir wollen eine Verbesserung der staatlichen Vermögensbildung. **Staatliche Prämien** zur Vermögensbildung sollten auf ihre Wirksamkeit und Kosteneffizienz überprüft werden, ggf. sollten feste Einkommensgrenzen durch flexible Prämienmodelle abgelöst werden. **Mitarbeiterbeteiligungen** sollten gefördert und für (möglichst) alle Rechtsformen gesetzlich ermöglicht werden. Eigentumsähnliche Beteiligungen sollten gegenüber derivativen Anlageformen steuerlich besser gestellt sein. **Darlehen von privaten Darlehensgebern** dürfen steuerlich und rechtlich nicht benachteiligt sein.

Wir schlagen vor, einen Kapitalstock im öffentlichen Eigentum aufzubauen und die Renditen an die BuB in Form einer sozialen Dividende steuerfrei und ohne Anrechnung auf Sozialleistungen auszuzahlen. Den Bürgerinnen und Bürgern sollte die Möglichkeit gegeben werde, ihre Dividenden in den öffentlichen Kapitalstock zu reinvestieren. Besonders sympathisch wäre die einmalige Auszahlung der sozialen Dividende an junge Erwachsene als frei verfügbares »Startkapital« für ein selbst bestimmtes Leben.

206 **3. Finanzmarktpolitik**

207

208 Das Geschehen an den weltweiten Finanzmärkten hat unmittelbaren Einfluss auf Zentrale
209 Fragen der Verteilungsgerechtigkeit. Eine aktive, gestaltende und regulierende
210 Finanzmarktpolitik muss daher zu einem wesentlichen Bestandteil sozialdemokratischer
211 Politik werden. Wir fordern:

212

213 Es dürfen nur die Finanzprodukte angeboten und gehandelt werden, die den Interessen der
214 Realwirtschaft dienen und die Finanzialisierung der Ökonomie nicht weiter vorantreiben. Wir
215 wollen mehr Nachhaltigkeit bei der nationalen und globalen Geschäftstätigkeit erreichen und
216 die „Casino-Mentalität“ zurückdrängen. Der Handel mit Aktien und anderen Wertpapieren
217 soll entschleunigt werden, er soll sich am mittel- und langfristigen Erfolg eines
218 Unternehmens orientieren. Der Hochfrequenzhandel muss durch eine geeignete
219 Transaktionssteuer (Modell TOBIN) verteuert werden. Die Spekulation mit
220 Grundnahrungsmitteln und Trinkwasser muss unterbunden werden.

221

222 **Diskriminierungsfreier Zugang zu den Finanz- und Kapitalmärkten** ist als eine
223 Voraussetzung zur Demokratisierung des Wirtschaftssystems und einer gleichmäßigeren
224 Vermögensverteilung anzusehen. Um der starken Informationsasymmetrie der Teilnehmer
225 gerecht zu werden, bedarf es wirksamen Verbraucherschutzes und asymmetrischer Rechte
226 zugunsten von Kleinanlegern.

227

228 Von der **Teilnahme am Zahlungsverkehr** darf niemand aufgrund der Einkommens- oder
229 Vermögenssituation ausgeschlossen werden. Bei der Gewährung von Darlehen an
230 Verbraucher muss seitens des gewerblichen Darlehensgebers eine gewissenhafte Prüfung
231 mit entsprechender Haftung im Hinblick auf die Überforderung des Darlehensnehmers
232 erfolgen.

233

234 **Vorgänge auf öffentlichen Kapitalmärkten** müssen für alle Beteiligten und alle
235 Betroffenen **gleichzeitig und transparent** erfolgen. Insiderhandel, Kursmanipulationen und
236 sonstige Vermögensdelikte müssen durch Regulierung und strafrechtliche Verfolgung
237 eingeschränkt bzw. verhindert werden. Klein- und Kleinstbeteiligten müssen gegenüber
238 Groß- und Mehrheitsanteileseignern wirksame Rechtsmittel außerhalb des zivilrechtlichen
239 Rechtsweges ermöglicht werden.

240

241 **Anlage- und Versicherungsverträge mit langen Laufzeiten** müssen durch gesetzliche
242 Regelungen für beide Vertragspartner eindeutig geregelt sein. Bei Vertragstypen mit
243 (steuer-)gesetzlicher Begünstigung muss eine Vergleichbarkeit für die Verbraucher
244 gewährleistet sein, Vertragsänderungen dürfen hier nicht einseitig erfolgen. Vertriebs- und
245 Abschlussprovisionen sind als Kosten des Anbieters zu sehen und sollen von diesem
246 getragen werden. Verkaufsgespräche dürfen nicht als Beratung bezeichnet und dargestellt
247 werden.

248

249

250

251 **4. Einkommenspolitik**

252

253 **Lohn- und Tarifpolitik**

254 Wir wollen durch politische Anreize die Tarifbindung stärken und das Tarifvertragssystem
255 stabilisieren. Dadurch wird eine übermäßige Spreizung bei den Arbeitsentgelten verhindert.
256 Außerdem profitieren dann mehr Beschäftigte von den erfahrungsgemäß höheren
257 Steigerung von Tariflöhnen.

258 Wir verlangen von den Tarifparteien, der Schere bei den Löhnen entgegen zu wirken und
259 dazu insbesondere die Löhne in den unteren Lohngruppen anzuheben.

260 Die Instrumente der Leih-, Zeit- und Werkvertragsarbeit sind auf die gesellschaftlich
261 sinnvolle Nutzung zu beschränken. Prekäre Formen sind zu verhindern.

262 Wir fordern die Abschaffung oder zumindest Minderung der kalten Steuerprogression bis
263 zum mittleren Einkommensbereich, damit Tarifsteigerungen tatsächlich zu
264 Nettoeinkommenszuwächsen führen können.

265 **Der Mindestlohn** muss auch zukünftig zeitnah und realistisch angepasst werden.

266

267 **Managergehälter**

268 Wir wollen die Manager stärker in die Haftung nehmen. Erfolgsabhängige
269 Vergütungsbestandteile dürfen nur bei einwandfreier Tätigkeit gewährt werden.

270 Verschuldensabhängige Schadensersatzansprüche müssen zu einer Herabsetzung der
271 Erfolgsbeteiligung führen, selbst wenn eine vertragliche Haftungsfreistellung vereinbart
272 wurde. Bonuszahlungen für Manager müssen an den langfristigen Betriebserfolg gebunden
273 werden.

274

275

276

277 **5. Sozial- und Gesellschaftspolitik**

278

279 Die Sozialversicherung muss auf breitere Schultern verteilt werden. Daher fordern wir den
280 Einstieg in die „**Bürgerversicherung**“ bei der Kranken- und Pflegeversicherung. Ein
281 weiteres Abweichen von der Beitragsparität in der Sozialversicherung lehnen wir
282 entschieden ab. Eine stark veränderte Arbeitswelt kann die Beteiligung der Unternehmen
283 am Sozialversicherungswesen durch einen lohnunabhängigen Beitrag erforderlich machen.
284 Ein weiteres Absinken des Rentenniveaus muss verhindert werden. Zudem werden wir die
285 Erwerbsunfähigkeitsversicherung weiter stärken.

286

287 Den finanziell besonders belastenden Herausforderungen der Familien muss wirksam
288 begegnet werden. Die Verringerung der gesetzlichen Rente durch Elternzeit muss durch
289 Erziehungszeiten für beide erziehenden und versorgenden Elternteile sowie durch
290 beitragsfreie Rentenanwartschaften aus dem Elterngeldbezug kompensiert werden. Die
291 Pflege von Angehörigen darf nicht zur eigenen Altersarmut führen, ergänzende
292 Rentenansprüche müssen den Pflegenden gewährt werden.

293 Wir wollen, dass die **Betreuung von Kindern kostenfrei** ist. Dies zu gewährleisten, kann
294 nicht allein Aufgabe der Kommunen sein.

295 Wir werden das Ehegattensplitting zu einem **Familienplitting** entwickeln, das sich an der
296 Zahl der Kinder und nicht am Trauschein orientiert.

297

298 Betroffene müssen staatliche Unterstützung unkompliziert und direkt in Anspruch nehmen
299 können. Transparenz hinsichtlich des sozialen Sicherungssystem und des Angebotes an
300 sozialen Leistungen muss durch lokale Beratungsstellen gewährleistet werden. Wir werden
301 das Schonvermögen weiter anheben.

302

303 Wohnen ist Grundrecht, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum muss durch den Staat
304 ermöglicht, gefördert und gewährleistet oder im Zweifelsfall selbst verwirklicht werden. Wir
305 werden die **Wohnungsgemeinnützigkeit** wieder einführen.

306 Der Weg zum Arbeitsplatz oder zur Bildungsstätte darf das zur Verfügung stehende
307 Haushaltseinkommens nicht über Gebühr belasten. Wir setzen uns daher für einen
308 kostengünstigen öffentlichen Personennahverkehr und die Übernahme der
309 Schülerbeförderungskosten ein.

310

311

312

313 **6. Europapolitik**

314

315 Mittel- und langfristig müssen wir Verteilungsgerechtigkeit weit mehr als bislang im
316 europäischen Kontext denken. Die EU braucht ein soziales Fundament. Deshalb bleibt die
317 Harmonisierung der Finanz- und Sozialpolitik wesentliches Ziel. Die Bemessungsgrundlage
318 für die Körperschaftssteuer muss vereinheitlicht werden. Ein Standortwettbewerb durch
319 Unterbieten bei den Unternehmenssteuersätzen zwischen verschiedenen Staaten ist im
320 Sinn der Angleichung der Lebensverhältnisse nicht zielführend und muss verhindert werden.
321 Sozialstaatliche Leistungen haben sich innerhalb der EU sehr unterschiedlich entwickelt,
322 die nicht ohne Not vereinheitlicht werden müssen. In einem ersten Schritt wollen wir aber
323 eine **europäische Arbeitslosenversicherung** einführen.

324

325

326

327 **Erläuterungen, Hinweise, Zahlen und Fakten**

328

329 *zur Erbschaftssteuer:*

330 Schätzungen gehen davon aus, dass in Deutschland jährlich rund 250 Milliarden Euro
331 vererbt werden. Die Einnahmen des Staates aus der Erbschaftssteuer lagen im Jahr 2015
332 aber bei lediglich rund 6,5 Milliarden Euro. Im Gegensatz dazu betrug das
333 Tabaksteueraufkommen im selben Jahr allein fast 15 Milliarden Euro!

334

335 *Zur Tarifpolitik:*

336 Laut Hans-Böckler-Stiftung sind in den letzten Jahrzehnten die Löhne in Betrieben, in denen
337 Tarifverträge galten, deutlich stärker gestiegen als in den ungebundenen Betrieben.

338